

18. Wahlperiode

## Änderungsantrag

der AfD-Fraktion

zum Antrag der Fraktion der FDP  
**Begegnungszonen stoppen!** – Drucksache 18/0340 –

Der Antrag wird wie folgt geändert:

„Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der zuständigen Senatsverwaltung und den zuständigen Bezirksverwaltungen wird aufgegeben, die Planung und Umsetzung des Modellprojekts 5 (Begegnungszonen) nach dem Beschluss der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt zur Fußverkehrsstrategie aus dem Jahr 2011 einzustellen, bis die Erfahrungen aus der „Begegnungszone“ Maaßenstraße detailliert ausgewertet und Kriterien für die Standortwahl und die optimale konzeptionelle Gestaltung von „Begegnungszonen“ daraus abgeleitet sind.

Des Weiteren ist eine detaillierte Bürgerbefragung zum Pilotprojekt „Begegnungszone“ Maaßenstraße durchzuführen. Darin soll u. a. erfragt werden, ob eine weitere Umsetzung oder ein Rückbau des Pilotprojektes „Begegnungszone“ Maaßenstraße stattfinden soll. In diese Befragung sind alle Bewohner und Gewerbetreibenden in einem Radius von 150 Metern um die „Begegnungszone“ Maaßenstraße einzubinden.

Bis nach der abschließenden Auswertung dieser Befragung sind keine weiteren Haushaltsmittel für dieses Modellprojekt zur Verfügung zu stellen.“

***Begründung:***

Vor dem Rückbau eines Projektes sollten die betroffenen Bürger, Anwohner wie Gewerbetreibende, noch einmal zu ihren Erfahrungen, ihrer Bewertung und den damit verbundenen Bedürfnissen befragt werden. Der sparsame Umgang mit Steuergeldern gebietet es, auch bei augenscheinlich gescheiterten Projekten vor Umbau oder Rückbau die Betroffenen anzuhören. Projekte für den Bürger können nur mit dem Bürger und nicht gegen ihn oder ohne ihn gelingen.

Berlin, den 16. Mai 2017

Pazderski Scholtysek  
und die übrigen Mitglieder  
der Fraktion Alternative für Deutschland